

Gesamtredaktion: „Sozialistischer Verlag o. G. m. b. H.“  
Wesl. 1, Nikolajstraße 49/50.

Verlag: Ring 98/7. — Telefon: 1605. — Telegramm-Adresse: „Sozialist.“  
Wesl. 1, Nikolajstraße 49/50.

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Abzahlungen: 10 Hf. — Durch Auslieferung oder durch die Post: monatlich 1,05 Hf., vierteljährlich 4,50 Hf. frei ins Haus.

Postnummer: Nr. 23886 „Sozialistischer Verlag o. G. m. b. H.“, Breslau.

Abzahlungen: Die Hefen des Monatshefts oder deren Raum 1.— Hf. Einmal und Halbjahrweise, Familienabrechnung, Heften und Monatshefte 0,50 Hf. Restlos: Die Hefen des Monatshefts oder deren Raum, hinter 2.— Hf.

## Sorgen der Millionäre.

### Zum Eisenbahnerstreik.

Bereits seit Monat August ziehen sich die Tarifverhandlungen zwischen den Eisenbahnern und der Behörde hin. So rapid in dieser Zeit von Woche zu Woche die Lebensmittel teurer wurden, so schleppend gestaltete sich der Fortgang dieser Verhandlungen. Bis den Eisenbahnern die Geduld riß, und sie im Ruhrgebiet, in Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Dortmund und auch in Westdeutschland, in Erfurt, zu Streiks begannen. Da nahmen die Verhandlungen sogleich einen guten und recht schnellen Fortgang. Die durchschnittliche Erhöhung des Lohnes wird auf 1 Mark pro Stunde, d. h. auf täglich 8 Mark, festgesetzt. Die energische Aktion hat also ihre Wirkung nicht verfehlt. Genügt jedoch diese

### Teuerungszulage?

Sie genügt knapp zum Existenzminimum für heutige Preisverhältnisse und läßt jede Berücksichtigung unserer abnormen Wirtschaftslage vermissen. Wir befinden uns in einer unaufhaltbaren Teuerung; der schlechte Valutastand ist ein zu großer Anreiz für das Kapital, seine Produkte, seien es agrarische oder industrielle, aus Ausland zu verkaufen, den inneren Markt leer zu halten und die Preise in die Höhe zu treiben. Es ist daher grundsätzlich, in dieser Situation einen Tarifvertrag auf einen feststehenden Minimallohn abzuschließen. Dadurch bekommt der Arbeiter Papier in die Hand und weiter nichts. Das Mindeste, was man zu fordern hätte, wäre die Einführung gleitender Löhne, wie sie in Oesterreich für die staatlichen Angestellten und Beamten Gesetz geworden sind: am Ende eines jeden Monats wird festgestellt, um wie viel sich die gesetzlichen Notationen von Wehl, Brot, Fett und Zucker verteuert haben, und dieser Wehbetrag wird um einen Zuschlag vergrößert, der entsprechend den verschiedenen Beschäftigungsarten mit 75, 60 und 45 Prozent des Wehbeitrages festgesetzt ist; der Wehbetrag, um diesen Zuschlag vermehrt, bildet dann die gleitende Zulage. So unmöglich dieses Gesetz auch noch ist, so stellt es doch wenigstens einen Versuch dar, die Löhne und Gehälter mit den steigenden Preisen in eine feste Beziehung zu setzen und mindestens den status quo der Lebenshaltung des Proletariats zu erhalten. Was dagegen heute die Regierung den Eisenbahnern verspricht, ist — wie sie bald merken werden — nichts wert: die Notenpresse wird in Bewegung gesetzt und das Geld entwertet. Diese Sorte Lohnzulage ist ein Betrug, der neue Wirtschaftskämpfe heraufbeschwört und künftige Störungen der Produktion unvermeidlich macht. Mit einer so oberflächlichen Lösung ihrer wirtschaftlichen Forderungen darf sich die Arbeiterschaft nicht zufrieden geben.

### In der zweiten Forderung, der Einführung des Räte-systems

nach den Frankfurter Richtlinien, scheint es bisher noch überhaupt nicht zu einer Einigung gekommen zu sein; diese Forderung will man als eine politische diskreditieren und unter den Tisch fassen lassen. Und doch ist sie von grundlegender wirtschaftlicher Bedeutung. Denn das wirtschaftliche Chaos, unter dem wir heute leiden und noch viel mehr leiden werden, hat seinen Grund zum großen Teile in Mißständen des Eisenbahnbetriebs, die nur durch die Einführung des Räte-systems beseitigt werden können. Die Kohlenkrise, welche unsere ganze Produktion in ihrem Kerne bedroht, ist im wesentlichen eine — Transportkrise. Und zwar nicht weil es an Wagenmaterial fehlt — im Gegenteil: wir haben heute mehr Wagen als vor dem Kriege, und auch die Reparaturwerkstätten stehen manchenmal ohne Arbeit — sondern weil es an einer zentralen Leitung und rationalen Anweisung des vorhandenen Materials fehlt. Die Einfuhr und Ausfuhrvorrichtungen lassen sehr viel zu wünschen übrig; Stunden-, ja sogar tagelang stehen die Güter auf den Strecken und Bahnhofen herum! Und vor allem: ein außerordentlich großer Prozentsatz der Wagen dient nicht der Allgemeinheit sondern Schiebungszwecken. Besonders durch das Loch im Westen werden riesige Werte verschoben, wodurch die Valuta geschädigt wird, der innere Markt ver-

### Die ersten Folgen des Friedensvertrages.

Aus 10. Januar, nachmittags um 4 Uhr, fand in Versailles der Austausch der Friedensratifikationen statt.

Nach der Unterzeichnung erklärte Clemenceau, daß der Befehl zum Rücktransport der Kriegsgefangenen noch am selben Abend unterzeichnet würde. Der Rücktransport beginnt am 13. Januar. Zunächst werden die verwundeten und in Lazarettbehandlung befindlichen Kriegsgefangenen abtransportiert, sodann folgen die in den Abstammungsgebieten wohnhaften Gefangenen, nach ihnen die übrigen.

Außerdem übergab Clemenceau dem deutschen Vertreter ein Schreiben, in dem die alliierten und assoziierten Mächte erklären, daß sie, abgesehen von der Wiederherstellung für die versenkten Schiffe von Scapa Flow aufrecht erhalten, nicht die Absicht haben, die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu beeinträchtigen; sie sind daher bereit, die Forderung der Herausgabe der deutschen Schwimmböden einer Nachprüfung zu unterstützen und eventuell herabzusetzen. Dementsprechend werden von den 160000 Tonnen schwimmenden Docks, schwimmenden Kränen, Schleppern und Baggen, deren Ablieferung die alliierten Mächte abgelehnt haben, die nach der Uff als ein Vermittler in allen Angelegenheiten der Alliierten daher nicht bestehen. Zusammen soll diese Abgabe 1200000000 Tonnen nicht übersteigen. Die 1200000000 Tonnen, die im Falle der Unterzeichnung von den deutschen Seefahrern abgegeben wurden, sind jedoch sofort abzuliefern.

Die nächsten Folgen des Friedensvertrages werden die Entlastung des Rates des Völkerbundes; Klärung Schlesiens nach vor dem 20. Abstrimmung soll in der ersten Forderung dem 15. Januar, in der zweiten und dritten bzw. zwei Wochen später stattfinden; Befreiung der anderen abstrimmungsgelassenen Truppen der Entente innerhalb von 12 Tagen; Die Liste der ungeklärten, deren Auslieferung nicht forder, wird vor dem 10. Februar eingereicht; Die Schleifung aller Festungen in der neutralen Zone und auf dem rechten Rheinufer muß noch vor dem 10. März erfolgt sein;

Die deutsche Armee muß bis zum 1. April auf 100 000 Mann verkleinert sein; die sonstigen Bestimmungen bezüglich der Herabsetzung der Bewaffnung und der Einschränkung der drahtlosen Einrichtungen müssen vor dem 10. April durchgeführt sein.

Es ist ein realpolitisches Pflichtgebot, diesen Vertrag loyal innezuhalten. Statt dessen spielt man weiter die alte abgestutzte Komödie, entwirft sich über die „Schwäche“ der Alliierten usw. Ja, die militärische Pose der „Helden“ von Scapa Flow muß das deutsche Volk schwer hühen. Wir waren zuvor, den militärischen Weitblick fortzusetzen und die Vertragsverpflichtungen zu umgehen.

Es wird der Versuch gemacht, Waffen zu vergraben, um sie der Alliiertenpflicht zu entziehen; es sollen ferner manche Auslieferungskandidaten schon seit längerer Zeit im Besitze von Auslandsplätzen sein. Sollte dies wahr sein, so wäre es ein ebenfalls gewissenhaftes wie kurzfristiges va-banque-Spiel der verantwortlichen Stellen, welches das Proletariat mit allen Kräften zu verhindern hätte.

### Bestrafung der Lügenpresse.

Nach Pariser Meldungen verlange der „Temps“, daß Deutschland außer den wegen verschiedener Verbrechen anzuklagenden und auszuliefernden Personen auch die einer Bestrafung zuführt, die die öffentliche Meinung in Deutschland während des Krieges irregeführt haben. Im Anschluß daran veröffentlicht der „Temps“ eine ganze Reihe neuer Akten aus den deutschen Pressekonferenzen und gibt der Ansicht Ausdruck, daß Deutschland, den Hauptverantwortlichen, Oberst Nicolai und seine Mitarbeiter, schwer bestrafen müsse.

Ob gerade der „Temps“ das Recht zu solcher Forderung hat, bleibt dahingestellt. Sicher ist jedoch, daß eine schwere Bestrafung der Lügenpresse eine Kulturpflicht ist. Nicht nur Oberst Nicolai und seine Mitarbeiter sollten zur Verantwortung gezogen werden, sondern das ganze riesige Heer großer und kleiner Journalisten und Verleger, die mit dem Betrug des Volkes ihr Geschäft machten, jenen Verlagdirektor, welcher meinte: das Volk will belogen sein, also belügen wir es!, jene reklamierten kriegswichtigen Durchhalterebakteure und nicht zuletzt jene Theodor Wolff, Georg Arzhang, die persönlich niemals die weit verbreiteten Illusionen geteilt und trotzdem ihre Zeitungen zur Propagierung dieser Lügen hergegeben haben.

armt und die Preise in die Höhe gehen. Es ist fast abgeschlossen, Beispiele für solche Schiebungen anzuführen.

Unser Winterbergisches Parterreorgane stellt vor wenigen Tagen fest, daß in Leipzig zum Schiffstransporte mittels Eisenbahn aus — Ausstand gekommen; so sollen z. B. wieder 6 Wagen Güter aus den Lehrlagen nach Monachshorn; nun soll zwar die Regierung die Ausfuhr gestatten, aber angesichts der Ausfuhrbeschränkungen für einen Export, und man nicht mehr allzu großen Leistungen in die wirtschaftliche Produktion solcher Ausfuhrbeschränkungen haben; das Problem wird es nicht verfehlen, wenn die Nachbestände auf diese Weise ins Ausland gebracht und die Güterkosten vergrößert wird; oder wenn die Waile, von der heute 1 Januar 3000 Markt gegen 70—150 Markt 1914 lautet, ins Ausland verkauft wird.

In Magdeburg kam nach jüngst einer Millionenschiebung mit Heeresgut auf die Spure, jetzt ist eine andere herangezogene Schiebung auf der Strecke Erfurt-Leipzig eingeleitet worden, deren Spure auch nach Hamburg führt. Bis jetzt sind 25 000 kg im Werte von 1 1/2 Millionen ausgeführt und beschlagnahmt worden.

In der „Vossischen Zeitung“ steht folgende kleine Episode, die typisch ist: „Auf dem offenen Waggonparken in der Nähe von Strehlen stehen fast jedes Jahr und Tag viele Tausende Güter- und Personenzüge. Sie stehen ohne Aufsicht da, fern Mensch sehen sich monatlang an sie an. Wir haben Mangel an solchen Wägen, aber keine Stelle die dafür sorgt, daß sie wieder inandergesetzt und dem Verkehr überlassen werden. So werden diese Wagen allmählich zu einer ungenutzten für solche Leute, die an den Wagenarmen mit einem Barte herumgehen und sich jetzt durch frische Beschäftigung wähnen.“

Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“, den eine Gelegenheitsarbeit in der Nähe von Strehlen führt, steht erstaunt auf der Straße und sieht eine Güterabfuhr. Er ist natürlich aus Interesse nicht nur an der Fahrt, wie es jeder Eisenbahner ist, sondern an der Befreiung. Er hört dabei vom Bahnmann, daß ein Güterzug nach Magdeburg auf dem Gleisen stehenden Wägen (was wiederum Pflicht war) abgeführt wurde und bemerkt dabei, daß er es nicht glaubt, die Wägen sind geladen, die Güter sind abgeführt.

Es hat dabei vom Bahnmann, daß ein Güterzug nach Magdeburg auf dem Gleisen stehenden Wägen (was wiederum Pflicht war) abgeführt wurde und bemerkt dabei, daß er es nicht glaubt, die Wägen sind geladen, die Güter sind abgeführt. In der Tat sind die Wägen nicht geladen, sondern die Güter sind abgeführt.

Es hat dabei vom Bahnmann, daß ein Güterzug nach Magdeburg auf dem Gleisen stehenden Wägen (was wiederum Pflicht war) abgeführt wurde und bemerkt dabei, daß er es nicht glaubt, die Wägen sind geladen, die Güter sind abgeführt. In der Tat sind die Wägen nicht geladen, sondern die Güter sind abgeführt.

Solche Beispiele lassen sich beliebig mehren. Bei solchen Zuständen ist es begreiflich, daß sich die Bürokraten gegen die Kontrolle durch stets abberufbare Arbeiter-Räte wehren, durch Arbeiter-Räte, welche gerade durch diese ständige Abberufbarkeit niemals bürokratisch verknüpfen oder korrumpiert werden können, und die daher der alten Clique ein steter Stachel im Fleisch sein würden. Doch darum ist die Einführung des Räte-systems bei der Eisenbahn nicht nur eine Forderung, welche die Eisenbahner zu stellen haben und durch deren Erfüllung erst die Vorbedingungen für den wirklichen Erfolg ihrer wirtschaftlichen Forderungen gegeben sind, — darum ist die Einführung des Räte-systems bei der Eisenbahn eine grundlegende Forderung des gesamten Proletariats, denn im heutigen Eisenbahnbetrieb liegt der Keim der Korruption und Anarchie, welche unser heutiges Wirtschaftsleben kennzeichnen.

Und nun ermittle man die grenzenlose Gedankenlosigkeit und Niedertracht der Rechtssozialisten an den Mitteln, mit denen sie sich dieser Lebensforderung des Proletariats widersetzen und der Streikbewegung in den Rücken fallen!

### Der Kampf gegen die Bewegung:

Der Werbe-Ausschuß der sozialdemokratischen Eisenbahner Groß-Berlins veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt:

„Die gewissenlose Hetze zum Streik, die unter der Flagge der Wirtschaftspolitik geritten wird, ist weiter nicht als eine politische Maßnahme. Die soll die Einführung des Räte-systems auf der Eisenbahn und kommunistischen Diktator die Wege



# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise:  
Einzelnnummer 10 Pf. — Durch Austräger oder durch die Post: monatlich 1,65 Mk.,  
vierteljährlich 4,95 Mk. frei ins Haus.

Kontokonto: Nr. 23886  
„Sozialistischer Verlag“, G. m. b. H., Dresden.

Anzeigenpreise: Die 8spaltige Kolonelle ober deren Raum 1.— Mk.  
Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Verzeile- und Besondereanzeigen 0,30 Mk.  
Reklame: Die Reklamelle, dreispaltig ober deren Raum, hinter Text 3.— Mk.

## Sorgen der Millionäre.

### Zum Eisenbahnerstreik.

Bereits seit Monat August ziehen sich die Tarifverhandlungen zwischen den Eisenbahnern und der Behörde hin. So rapid in dieser Zeit von Woche zu Woche die Lebensmittel teurer wurden, so schleppend gestaltete sich der Fortgang dieser Verhandlungen. Bis den Eisenbahnern die Geduld riß, und sie im Ruhrgebiet, in Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Dortmund und auch in Mitteldeutschland, in Erfurt, zu streiken begannen. Da nahmen die Verhandlungen sogleich einen guten und recht schnellen Fortgang. Die durchschnittliche Erhöhung des Lohnes wird auf 1 Mark pro Stunde, d. h. auf täglich 8 Mark, festgesetzt. Die energische Aktion hat also ihre Wirkung nicht verfehlt. Genügt jedoch diese

### Teuerungszulage?

Sie genügt knapp zum Existenzminimum für heutige Preisverhältnisse und läßt jede Berücksichtigung unserer abnormen Wirtschaftslage vermissen. Wir befinden uns in einer unaufhaltbaren Teuerung; der schlechte Valutastand ist ein zu großer Anreiz für das Kapital, seine Produkte, seien es agrarische oder industrielle, aus Ausland zu verkaufen, den inneren Markt leer zu halten und die Preise in die Höhe zu treiben. Es ist daher grundsätzlic, in dieser Situation einen Tarifvertrag auf einen feststehenden Minimallohn abzuschließen. Dadurch bekommt der Arbeiter Papier in die Hand und weiter nichts. Das Mindeste, was man zu fordern hätte, wäre die Einführung gleichender Löhne, wie sie in Oesterreich für die staatlichen Angestellten und Beamten Gesetz geworden sind: am Ende eines jeden Monats wird festgestellt, um wie viel sich die gesetzlichen Rationen von Mehl, Brot, Fett und Zucker verteuert haben, und dieser Mehrbetrag wird um einen Zuschlag vergrößert, der entsprechend den verschiedenen Besoldungsklassen mit 75, 60 und 45 Prozent des Mehrbetrages festgesetzt ist; der Mehrbetrag, um diesen Zuschlag vermehrt, bildet dann die gleitende Zulage. So unvollkommen dieses Gesetz auch noch ist, so stellt es doch wenigstens einen Versuch dar, die Löhne und Gehälter mit den steigenden Preisen in eine feste Beziehung zu setzen und mindestens den status quo der Lebenshaltung des Proletariats zu erhalten. Was dagegen heute die Regierung den Eisenbahnern verspricht, ist — wie sie bald merken werden — nichts wert: die Notenpresse wird in Bewegung gesetzt und das Geld entwertet. Diese Sorte Lohnzulage ist ein Betrug, der neue Wirtschaftskämpfe heraufbeschwört und künftige Störungen der Produktion unermesslich macht. Mit einer so oberflächlichen Lösung ihrer wirtschaftlichen Forderungen darf sich die Arbeiterschaft nicht zufrieden geben.

### Zu der zweiten Forderung, der Einführung des Rätessystems

nach den Frankfurter Richtlinien, scheint es bisher noch überhaupt nicht zu einer Einigung gekommen zu sein; diese Forderung will man als eine politische diskreditieren und unter den Tisch fallen lassen. Und doch ist sie von grundlegender wirtschaftlicher Bedeutung. Denn das wirtschaftliche Chaos, unter dem wir heute leiden und noch viel mehr leiden werden, hat seinen Grund zum großen Teile in Mißständen des Eisenbahnbetriebs, die nur durch die Einführung des Rätessystems beseitigt werden können. Die Kohlenkrise, welche unsere ganze Produktion in ihrem Kerne bedroht, ist im wesentlichen eine — Transportkrise. Und zwar nicht, weil es an Wagenmaterial fehlt — im Gegenteil: wir haben heute mehr Wagen als vor dem Kriege, und auch die Reparaturwerkstätten stehen manchmal ohne Arbeit — sondern: weil es an einer zentralen Leitung und rationellen Ausnützung des vorhandenen Materials fehlt. Die Ein- und Ausladevorrichtungen lassen sehr viel zu wünschen übrig; stunden-, ja sogar tagelang stehen die Güge auf den Straßen und Bahnhöfen herum! Und vor allem: ein außerordentlich großer Prozentsatz der Wagen dient nicht der Allgemeinheit sondern Schiebungszwecken. Besonders durch das Loch im Westen werden riesige Werte verschoben, wodurch die Valuta geschädigt wird, der innere Markt ver-

### Die ersten Folgen des Friedensvertrages.

Am 10. Januar, nachmittags um 4 Uhr, fand in Versailles der Austausch der Friedensratifikationen statt.

Nach der Unterzeichnung erklärte Clemenceau, daß der Befehl zum Rücktransport der Kriegsgefangenen noch am selben Abend unterzeichnet würde. Der Rücktransport beginnt am 13. Januar. Zunächst werden die verwundeten und in Lazarettbehandlung befindlichen Kriegsgefangenen abtransportiert, sodann folgen die in den Abstimmungsgebieten wohnhaften Gefangenen, nach ihnen die übrigen.

Außerdem übergab Clemenceau dem deutschen Vertreter ein Schreiben, in dem die alliierten und assoziierten Mächte erklären, daß sie, obgleich sie die Wiedergutmachung für die versenkten Schiffe von Scapa Flow aufrecht erhalten, nicht die Absicht haben, die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu beeinträchtigen; sie sind daher bereit, die Forderung der Herausgabe der deutschen Schwimmdocks einer Nachprüfung zu unterziehen und eventuell herabzusetzen. Demgemäß werden von den 400 000 Tonnen schwimmenden Docks, schwimmenden Kränen, Schleppern und Baggern, deren Ablieferung die Alliierten verlangen, alle Schwimmdocks abgezogen. Die nach der Ueberprüfung als ein Verstum in allen Verzeichnissen der Alliierten stehen (und daher nicht beschlagnahmt). Immerhin soll diese Herausgabe 35 000 Tonnen nicht übersteigen. Die 192 000 Tonnen, deren Ablieferung bei den Beratungen von den deutschen Sachverständigen vorgeschlagen wurden, sind jedoch sofort abzuliefern.

Die nächsten Folgen des Friedensratifikation werden sein: Einberufung des Rates des Völkerverbandes; Räumung Schlesiens noch vor dem 20. Januar; die Abstimmung soll in der ersten Zone möglichst noch vor dem 15. Januar, in der zweiten und dritten Zone eine bzw. zwei Wochen später stattfinden; Besetzung der anderen Abstimmungsgebiete durch Truppen der Entente innerhalb von 12 Tagen; Die Liste der Angeklagten, deren Auslieferung die Entente fordert, wird vor dem 10. Februar eingereicht sein; Die Schließung aller Festungen in der neutralen Zone und auf dem rechten Rheinufer muß noch vor dem 10. März erfolgt sein; Die deutsche Armee muß bis zum 1. April auf 100 000 Mann verkleinert sein; die sonstigen Bestimmungen bezüglich der Herausgabe der Bewaffnung und der Einschränkung der drahtlosen Einrichtungen müssen vor dem 10. April durchgeführt sein.

Es ist ein realpolitisches Pflichtgebot, diesen Vertrag loyal innewohnen. Statt dessen spielt man weiter die alte abgekartete Komödie, entwirft sich über die „Schmach“ der Auslieferung usw. Für die militaristische Pose der „Helden“ von Scapa Flow muß das deutsche Volk schwer büßen. Wir warnen daher, den militaristischen Weltzustand fortzusetzen und die Vertragsverpflichtungen zu umgehen.

Es wird der Versuch gemacht, Waffen zu vergraben, um sie der Ablieferungspflicht zu entziehen; es sollen ferner manche Auslieferungskandidaten schon seit längerer Zeit im Verstecke von Auslandsplätzen sein.

Sollte dies wahr sein, so wäre es ein ebenso gewissenloses wie kurzschichtiges va-banque-Spiel der verantwortlichen Stellen, welches das Proletariat mit allen Kräften zu verhindern hätte.

### Bestrafung der Lügenpresse.

Nach Pariser Meldungen verlangt der „Temps“, daß Deutschland außer den wegen verschiedener Verbrechen anzulagenden und anzuliefernden Personen auch die einer Bestrafung zuführt, die die öffentliche Meinung in Deutschland während des Krieges irreführt haben. Zum Anschluß daran veröffentlicht der „Temps“ eine ganze Reihe neuer Akten aus den deutschen Pressekonferenzen und gibt der Ansicht Ausdruck, daß Deutschland, den Hauptverantwortlichen, Oberst Nicolai, und seine Mitarbeiter, schwer bestrafen müsse.

Ob gerade der „Temps“ das Recht zu solcher Forderung hat, bleibe dahingestellt. Sicher ist jedoch, daß eine schwere Bestrafung der Lügenpresse eine Kulturpflicht ist. Nicht nur Oberst Nicolai und seine Mitarbeiter sollten zur Verantwortung gezogen werden, sondern das ganze riesige Heer großer und kleiner Journalisten und Verleger, die mit dem Betrug des Volkes ihr Geschäft machten, jener Verlagsdirektor, welcher meinte: das Volk will belogen sein, also belügen wir es!, jene reklamierten kriegswichtigen Durchhalteredakteure und nicht zuletzt jene Theodor Wolff, Georg Bernhard, die persönlich niemals die weit verbreiteten Missionen geteilt und trotzdem ihre Zeitungen zur Propagierung dieser Lügen herangezogen haben.

armt und die Preise in die Höhe gehen. Es ist fast abgeschmackt, Beispiele für solche Schiebungen anzuführen.

Unser Württembergischer Parteitorgan stellte vor wenigen Tagen fest, daß in letzter Zeit Schiffsantransporte mittels Eisenbahn ins Ausland stattfanden; so rollen z. B. wieder 6 Wagen Hamme von Dehringen nach Romanshorn; nun soll zwar die Regierung die Ausfuhr gestatten haben, aber angesichts der Ausfuhrverweigerungen für einen Schlag wird man nicht mehr allzu großes Vertrauen in die wirtschaftliche Berechtigung solcher Ausfuhrerlaubnisse haben; das Proletariat wird es nicht verzeihen, wenn die Viehbestände auf diese Weise ins Ausland gebracht und die Hungernot vergrößert wird; oder wenn die Wolle, von der heute 1 Zentner 3000 Mark gegen 70—100 Mark 1914 kostet, ins Ausland verkauft wird.

In Magdeburg kam man jüngst einer Millionenschiebung mit Heeresgut auf die Spur; jetzt ist eine andere derartige Schiebung auf der Strecke Erfurt-Leipzig entdeckt worden, deren Spuren auch nach Hamburg führen. Bis jetzt sind 85 000 kg im Werte von 1 1/2 Millionen ausgefunden und beschlagnahmt worden.

In der „Boschischen Zeitung“ steht folgende kleine Episode, die typisch ist: „Auf den offenen Bahnstrecken in der Nähe von Jüterbog stehen seit Tage und Tag viele laufende Güter- und Personenwagen. Sie stehen ohne Aufsicht da, kein Mensch schaut sich monatlang um sie zu kümmern. Wir haben Mangel an solchen Wagen, aber keine Stelle gab es, die dafür sorgte, daß sie wieder inlaufend gesetzt und dem Betrieb zugeführt würden. So wurden diese Wagen allmählich zu einer wahren Fundgrube für solche Leute, die an den Reichsgewinnen im Kriege nicht beteiligt waren und sich jetzt durch kleine Diebstähle schadlos halten wollten.“

Ein Mitarbeiter der „Boschischen Zeitung“, der eine Gelegenheitsreise an den Ort dieser Untaten führt, steht erstaunt auf der Straße zum Schießplatz eine Völkerverwanderung. Er ist neugierig aus journalistischem Instinkt (nicht aus Pflicht, wie es jeder Gendarm sein mußte) und entdeckt so die Besetzung. Er hört dabei vom Bahnbau, inspiert die auf den Gleisen stehenden Wagen (was wiederum Pflicht der Bahnverwaltung gewesen wäre) und entdeckt dabei, daß aus ihnen die Wände geraubt, die Bezüge gestohlen, die Klappen abgekratzt sind. Kein einziger vom Staat Besideter hat das vorher bemerkt? Doch! Die Kriminalpolizei des Reichsverwertungsamtes (wiederholte Polizeiforten gibt es eigentlich im neuen Deutschland?) ist bereits „vorher“ Schiebern auf die Spur gekommen, die Material gekauft haben, das vom Jüterboger Schießplatz stammt. Die Holzgerungen, die das Reichsverwertungsamt daraus gezogen hat, sind aber nicht sehr weittragend gewesen. Denn die Plünderungen sind weitergegangen. Die Völkerverwanderung im Taschenformat auf der Jüterboger Chaussee hat weiter angebahnt. Es wäre doch wohl rätlicher gewesen, das Reichsverwertungsamt hätte, wie die anderen amtlichen Instanzen, erklärt, es habe vorher von den Dingen nichts gewußt. Oh, dieses Reichsverwertungsamt ist mit seinen Unterlassungen sogar noch im Recht. Denn der Herr Reichsjustizminister und seine Untergebenen sind ja nur für jenes Staatsgut verantwortlich, das ihnen zur Verwertung bereits übertragen ist. Ebenso hat sich das Reichsverwertungsamt nur um den Schutz des Schießplatzes zu kümmern, und wenn es nicht genügend Truppen zur Verfügung hat, dann schließt es den Schießplatz eben nicht. Daß sich nur um des Himmels willen niemand um eine Sache kümmert, die ihm nicht durch irgend einen Paragraphen ausdrücklich zugewiesen ist! Am schärfsten aber ist der Einwand der Eisenbahndirektion Berlin, daß ein Teil der Wagen überhaupt aus dem Verwaltungsverkehr habe stammt. Und das geschieht im Zeitalter der Telegraphen und Telephonie in einem Deutschland, das eine Revolution gehabt hat, um sich ausgedehnt von bürokratischer Bevormundung zu befreien. Es ist eben nicht leicht, zu regieren!

Solche Beispiele lassen sich beliebig mehren. Bei solchen Zuständen ist es begreiflich, daß sich die Bürokraten gegen die Kontrolle durch stets abberufbare Arbeiter-Räte wehren, durch Arbeiter-Räte, welche gerade durch diese ständige Abberufbarkeit niemals bürokratisch verdübeln oder korrumpiert werden können, und die daher der alten Kluge ein steter Stachel im Fleisch sein würden. Doch darum ist die Einführung des Rätessystems bei der Eisenbahn nicht nur eine Forderung, welche die Eisenbahner zu stellen haben und durch deren Erfüllung erst die Vorbedingungen für den wirklichen Erfolg ihrer wirtschaftlichen Forderungen gegeben sind, — darum ist die Einführung des Rätessystems bei der Eisenbahn eine grundlegende Forderung des gesamten Proletariats, denn im heutigen Eisenbahnbetrieb liegt der Keim der Korruption und Anarchie, welche unser heutiges Wirtschaftsleben kennzeichnen.

Und nun ermesse man die grenzenlose Gedankenlosigkeit und Niedertracht der Rechtssozialisten an den Mitteln, mit denen sie sich dieser Lebensforderung des Proletariats widersetzen und der Streikbewegung in den Rücken fallen!

### Der Kampf gegen die Bewegung:

Der Werbe-Ausschuß der sozialdemokratischen Eisenbahner Groß-Berlins veröffentlicht seinen Aufruf, in dem es heißt:

„Die gewissenlose Gehe zum Streit, die unter der Flagge der Wirtschaftspolitik getrieben wird, ist weiter nichts als eine politische Maßnahme. Sie soll der Einführung des Räte-Systems auf der Eisenbahn nach kommunistischem Muster die Wege ebnen.“





**Aus der deutschen Republik.**

**Abermaliger Hungerstreik in Werl.**  
Die Opfer der nationalistischen Schuchhaft im Gefängnis Werl, sind am 5. Januar in den Hungerstreik getreten; nachdem sie, die, zum Teil schon monatelang bis zu einer Dauer von neun Monaten im Kerker schmachten, die Hoffnung aufgegeben haben, irgend etwas für ihre gerechte Sache auf gesetzlichem Wege zu erreichen. Sie können es nicht verstehen, daß man einen 31 fachen Mörder mit der gelindesten Ehrenstrafe belegt, während man Leute allein ihrer politischen Ueberzeugung wegen wie Verbrecher hinter Gittermauern auf Monate begräbt.

Es handelt sich durchweg um Arbeiter, die weiter nichts getan haben, als ihre alte sozialistische Gesinnung hochzuhalten. Und dafür werden sie im „neuen“ Deutschland mit keiner „sozialistischen“ Regierung langsam zu Tode gemartert!

**Die Parlamentsberichterstattung.**  
Die Berichterstattung über die Verhandlungen der Nationalversammlung wird für einen großen Teil der Presse vom WTB beorgt. Und zwar in solch ständelnd tendenziöser Weise, daß sich die Leser dieser Berichte ein richtiges Bild über den Gang der Verhandlungen kaum machen können. Die Ministerreden sind endlos breit wiedergegeben. Die Reden der Abgeordneten, soweit sie Regierungsparteien angeht, werden ausführlich, während die Reden von Abgeordneten der Opposition meist mit wenigen Sätzen abgetan werden. Insbesondere unsere Genossen im Parlament haben darüber zu leiden: Stundenlange, grundfähliche Auseinandersetzungen erscheinen im Bericht mit Sätzen, die zu zählen die Finger einer Hand nicht ausreichen. Auf diese Weise erfahren die Wähler im Lande von den Verhandlungen nur das, was ihnen die Regierung und das von ihr bevorzugte WTB. als wissenschaftlich unterbreiten wollen. Durch diese Berichterstattung wird eine offizielle Stimmung gemacht, allerdings Stills betrieben, die letzten Endes eine Fortsetzung des während des Krieges so meisterhaft geübten Volksbetrugs bedeutet.

Wenn nunmehr die Deutschnationalen in einer kleinen Anfrage auf diesen Ständel aufmerksam machen und Abhilfe von der Regierung fordern, so ist die sachliche Berechtigung ihres Vorstoßes nicht zweifelhaft. Sie werden sich aber an die falsche Adresse, wenn sie von der Regierung Abhilfe verlangen. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß es Sache des Parlaments selbst wäre, für eine objektive Berichterstattung zu sorgen. Hierfür einen besonderen Redaktionsaus-

schuß zu bilden, wäre keine überflüssige Arbeit. Daß dies bisher noch nicht geschehen ist, daß die Nationalversammlung sich den jetzigen Zustand unerhörter Einseitigkeit in der Berichterstattung an das Volk gefallen läßt, paßt trefflich zu ihrem sonstigen Benehmen der Regierung gegenüber. Sie fühlt sich im Verhältnis zu ihr als ergebener Vasall statt als souveräne, dirigierende Volkvertretung! Wenn sie im Grunde sich einer Einseitigkeit erfreut, die durchaus negativ ist, so bedeutet sie das nicht zuletzt auch ihr eigenes Ruin: in der Berichterstattung über ihre Arbeit an die Bevölkerung!

**„Die Kämpferin“**  
Ist das Organ der Klassenbewußten Proletarierinnen im Erwerbsleben und der Hausfrauen. Wie die übrige Presse der revolutionären Arbeiterbewegung darf sie daher in keinem Arbeiterhaushalt fehlen.

Die Zeit, in der wir leben, erfordert auch von den Arbeiterinnen und Hausfrauen vollstes Bewußtsein der Interessen ihrer Klasse! Unerjwinglich teuer wird die gemeinsame Lebenshaltung! Der Preismacher feiert Triumphe wie nie zuvor. Die republikanische Regierung hat sich als völlig unfähig erwiesen, ihm nachdrücklich und erfolgreich entgegen zu treten!

Alle Lohnerhöhungen werden mehr als ausgeglichen von der Verteuerung aller notwendigen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände. Immer größer wird daher das Elend in den Arbeiterkreisen. Besonders auch in den Reihen jener Millionen von Frauen, die allein für sich und ihre Familie den Lebensunterhalt erwingen müssen.

Dazu kommt, daß abermals eine Vertüfung des Einkommens erfolgen wird durch die gewaltigen Steuerlasten, die demnächst in Wirklichkeit treten.

Der Kampf gegen ein System, das die Arbeiterklasse immer härter bedrückt zugunsten einer kleinen Oberschicht von Besitzenden, kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle Glieder des Proletariats ihn gemeinsam führen!

Deshalb ist es politische Pflicht und ein Gebot der Klugheit, wenn gerade auch die Frauen mehr als je zuvor ihren Einfluß im öffentlichen Leben geltend machen!

Ihnen die hierzu erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln, sie zu schulen für ihr Mitwirken im Kampfe um die Bewirtlichung der sozialistischen Gesellschaft, ist die Aufgabe der „Kämpferin“.

Ihr kann das Wert nur gelingen, wenn sie in die Hände aller klassenbewußten Proletarierinnen gelangt! Je größer die Gemeinde, um so größer ihr Einfluß!

**„Die Kämpferin“**, das Organ der Arbeiterfrau, muß deshalb von allen Frauen und Mädchen des Proletariats gelesen und abonniert werden! Dann erst kann sie recht ihre Aufgabe, Fortkämpferin sozialistischer Fraueninteressen sein, erfüllen.  
Frauen und Männer! Werbt deshalb Abonnenten für „Die Kämpferin“!

Ihr arbeitet damit zugleich wirksam für euer Wohl!

**Umwälzungen im Bergarbeiterverband.**

Am 1. Januar 1920 traten mehrere leitende Personen aus dem Dienst des alten Bergarbeiterverbandes aus. Der 1. Vorsitzende Sachsen wird Kalweit, Rührmeyer der 1. Kassierer des Verbandes Landrat des Bochumer Kreises, Pfeiler, ein Vorstandsmitglied, wird ebenfalls in den „Kalweit“ eintreten. Die drei sind somit „Räte“ geworden, obwohl ihnen das Räteystem ein Fremd ist. Die Bergarbeiter meinen den Herrschaften keine Krone nach. Schon bei Fennung ihres Namens wurden Bergarbeiter ferkelnd, weil sie sie als Vertreter der Bergarbeiterinteressen betrachteten.

**Warum hatten zwei Milchwagen jeden Morgen vor der Villa des Kommerzienrats Skene, Schweidnitzer Stadtgraben 18?**

**Aus der Provinz.**

**Jauer.** Einen sehr regen Besuch hatte die öffentliche Versammlung der U. S. P. D., Gruppe Jauer. Ueber 400 Personen lauschten den Worten des Genossen Kahl, welcher über das Thema „Sozialisierung“ sprach. Wie gut und wie treffend die Ausführungen desselben waren, zeigte der große Beifall und daß sich von den in größerer Zahl anwesenden Genossen der Rechtssozialisten niemand zum Wort meldete. Sie bewiesen also, daß die Ausführungen ihnen völlig aus dem Herzen gesprochen waren. Nachdem Genosse Ederer-Jauer, die Genossen der Rechtssozialisten zum Uebertret aufjoderte, führte Genosse Kahl im Schlußwort aus, daß nur eine geschlossene Organisation in der U. S. P. D. uns aus diesen unhaltbaren Zuständen retten könnte, welchen Ausführungen auch reiflos zustimmend wurde. Nach der Aufforderung, sich rege an der Presse und der Wahl zu beteiligen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Zeitschriften, die wir empfehlen:**  
„Der Revolutionär“, Herausg. Moriz Lederer, Mannheim.  
„Das Forum“, Herausgeber Wilhelm Dersog.  
„Der blutige Ernst“, satirische Wochenschrift. Herausgeber Karl Einslein und Georg Groß.  
Verantwortlich: für die Redaktion Bernhard Schottländer, für die Anzeigen Fritz Ulrich.  
Druck: Buchdruckerei Pfeffel & Damigel, sämtlich in Breslau.

**Stadt-Theater.**  
Dienstag 7 Uhr:  
Cavalleria rusticana  
Hierauf:  
Der Bajazzo.  
Mittwoch 7 Uhr:  
Der Arzt der Sobode.

**Lobe-Theater.**  
Täglich 7½ Uhr:  
Sadiß.

**Thalia-Theater.**  
Täglich 7½ Uhr:  
Die seltsame Exzellenz.

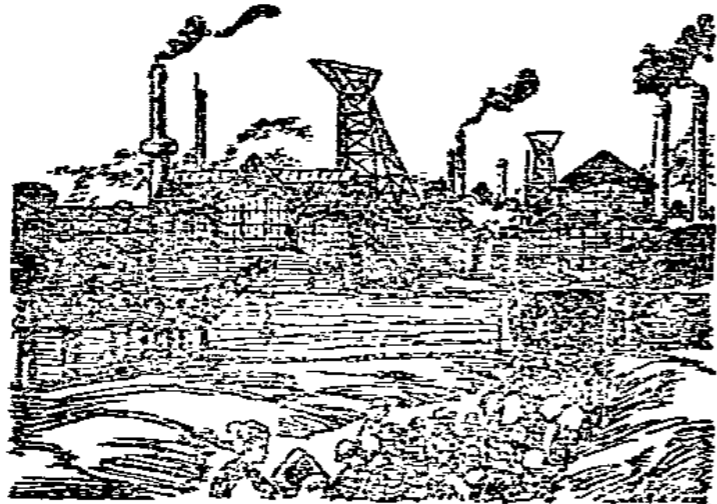
**Schauspielhaus.**  
Dreizehnbühne. Tel. Ring 2545  
Dienstag 7½ Uhr:  
Die Kaiserin.  
Mittwoch, Freitag und Sonntag  
7½ Uhr:  
Eine Ballnacht.  
Sonntag nachm. 3½ Uhr:  
Das Dreimäderlhaus.

**Jugend-Theater**  
Täglich 4½ Uhr:  
Schneewittchen.

**Viktoria-Theater**  
Täglich 7½ Uhr:  
Die Geisha  
Sonntag 3½ Uhr:  
Nachm.-Vorstellung

**Lieblich-Theater**  
Täglich 7½ Uhr:  
Hildegard  
mit neuen Tänzen  
Paul Jülich  
Hinodes  
Original Japaner-Truppe  
Hans Beets  
und Partner  
und das grosse Januar-Programm.

**Sofort Geld**  
und Geldschaffung auf Kredit, Kreditscheine u. sonst. Einlagen, Hypothek, P. Placeta, Bürgschaft, Zins, Del. Hypothek, ohne Beschränkung.  
Verrechnungen für Stiererei  
angeht bei Frau E. Helbing,  
B. Schönfeldstraße 15. II. Etg.



**Eden-Theater, Nikolaistr. 27.**

**Erstaufführung**  
**Der Sohn der Magd**  
Grosses soziales Drama aus dem Leben einer Fabrikarbeiterin. 6 Akte.  
Motto: Was Klassenhass entweilt, das vereint und versöhnt durch Liebe und Güte das Mutterherz.  
Dazu der übrige Spielplan!

**Zeltgarten.**

Täglich 7½ Uhr abds.:  
**Der neue**  
**Riesenspielplan!**  
= Sonntags =  
2 Vorstellungen.

**Breslauer**  
**Trichter**  
in d. unteren Räumlichkeiten  
des Zeltgartens  
**Kleinbühne**  
und **Sallhaus.**  
Neuer Spielplan.

**Altes Papier, Zinn, Blei, Messing, Zinn**  
zahlt höchsten Preis  
**Otto**, Reichenstraße 2, 2. Stock,  
Telefonring 1906.

**Papier**  
**Werkzeug**  
Westendstraße 50/52.  
Ab Dienstag, d. 13. Januar:  
Des großen  
Erfolges wegen Wiederholung des gewaltigen sozialen Problem-Films:  
**Der Kampf um die Ehe**  
5 Akte I Teil 5 Akte  
Personen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt!  
Voranzeige! Ab Freitag:  
Die Erstaufführung:  
**Lola Melatez. II Teil.**  
Die Geliebte König Ludwig I. von Bayern.

**Herrn-**  
**Ulter**  
105 Mr.  
Gräbischer Str. 27.  
Gute Polsterarbeit.

**Achtung!**  
**Wo?**  
kann man nur im paradiesischen  
und ganz Einzigartigen  
in Breslau und vornehmlich?  
Bei **H. Kluge**,  
Neumarkt 12, nur I. Etg.

**Mathias**  
38 Matthiasstr. 38  
Straßenbahnverbind.  
Linie 2, 7, 8.  
Nur bis Donnerstag!  
**Das Haus der Leidenschaften**  
oder  
**Das traurige Schicksal eines unehelichen ...**  
mit  
**Theodor Loos u. Ria Carmi**  
4 Akte  
Ferner  
**Was den Männern gefällt** (4 Akte)  
Sie brüllen vor Lachen!

**ZEPTER-KINO**  
Sensations-Schlager  
**Joe Deeds**  
letztes Abenteuer  
**Kampf gegen den blauen Drachen**  
300 Szenen. Ferner  
**Ellen Richter**  
in dem Großstadtdrama:  
**Die Verführte**  
oder  
**Ein Schritt vom Wege**  
300 Szenen.  
Außerdem  
**Der Flimmerprinz**  
Max Mack-Lustspiel

**Gummiwaren,**  
Schleifen, Monatskalender,  
Spätsprayer, Explosivstoffe,  
Danzentische  
**H. Klose**,  
Breslau 1, Büchelstraße 73,  
2. Stock vom Ring.

**Häute und Felle**  
jeder Art kaufen zu höchsten Tagespreisen  
**Gutsche & Co.**

Breslau 1, Ursulinerstraße 19/20  
Telefonring 6295. — Sack Stöckstraße.

**Ab!**  
das ist sicher  
ein Anzug  
von  
der Firma  
**Hermann Partetzke**  
Nikolaistr. 48 vis á vis der Barbarakirche  
— Elegante Anzüge nach Mass —  
Umänderungen aller Art werden in eigener Werkstatt preiswert u. gut sitzend angefertigt.

**Nähmaschinen**  
aller Systeme  
kauft u. repariert  
Ersatzteile in Lager  
Paul Wientz  
Gräbischer Straße 45

**Bodlaender & Pinner**  
Schneidermeister  
Albrechtsstraße 13  
**Ausnahmeangebot**  
Sportpelze 750 Mk.  
Sportanzüge fertig a. Lager  
von Friedensware  
zu billigsten Preisen.

✚ **Jede Frau** ✚  
best. Ausstattung über meinen  
neuesten 8 mal patentierten  
**idealen**  
**Frauenstuh H**  
30 Pf. Rückporto beilegen.  
Verkaufshaus  
**Frau C. Helbing**  
Breslau 10, Kohlenstr. 13.  
**Uhren** kauft oder repariert  
Felix, Paradiesstr. 6